

Privatpatrouillen gegen Piraten

Die Angst vor den somalischen Überfallkommandos wächst. Von Constanze Sanders

Reeder und Versicherer greifen wegen der hohen Kosten der Piraterie zur Selbsthilfe. Neu sollen private Patrouillenboote den Frachtern eine sichere Passage durch den Golf von Aden vor Somalia ermöglichen.

Londoner Schiffsversicherungen machen Ernst und bereiten den Einsatz einer bewaffneten Privatpatrouille gegen Piraten vor. Zwei Jahre haben die Versicherungen zusammen mit Reedern und Befrachtungsmaklern an dem «Convoy Escort Programme» (CEP) gearbeitet. Das Ziel ist ein zusätzlicher Schutz vor bisheriger Marinepräsenz, denn für die derzeit rund 40 Schiffe der Nato wird es im Golf von Aden immer schwieriger, Überfälle zu verhindern.

Zeit zum Handeln

Angesichts der Bedrohung im Indischen Ozean wächst in der internationalen Schifffahrtsbranche die Akzeptanz für CEP, das federführend von Jardine Lloyd Thompson (JLT) entwickelt wird. Die Reeder können die bewaffneten CEP-Begleitboote für die gefährliche Passage engagieren. Die Kosten dafür betragen, abhängig von der Geschwindigkeit des Schiffes, im Durchschnitt 21 500 \$, inklusive einer auf Geiselnahmen zugeschnittenen Kriegsrisikoversicherung. Die Eskorte kann wie eine regionale Küstenwache arbeiten. Die Marineeinheiten haben die Option, ihren Aktionsradius entsprechend zu erweitern. 16 ständig im Einsatz befindliche Boote sollen den Transit von jährlich 5520 Handelsschiffen in Konvois sichern; das entspricht etwa einem

Fünftel des gesamten Verkehrs. Damit rechnet sich die Gesellschaft, die als Non-Profit-Unternehmen geplant ist, heisst es. Die Zeit zum Handeln ist offenbar gekommen: Somalische Überfallkommandos hatten Mitte Mai 23 Schiffe und 518 Seeleute in ihrer Gewalt. Bisher sei es billiger gewesen, Lösegeld zu zahlen, als eine bewaffnete Schutztruppe auszurüsten, sagt Doug Brooks, Leiter der International Stability Operations Association. Auf bis zu 17 Mrd. \$ jährlich belaufen sich die Kosten für Schifffahrt und Regierungen, um die Angriffe abzuwehren. Lösegeld zu zahlen und Geiseln zu befreien.

Steigende Reichweite

Dabei verlagern die Piraten ihre Aktivitäten auf immer entferntere Gebiete im Indischen Ozean und in der Arabischen See. Immer grössere Mutterschiffe werden erbeutet, und diese können Überfallkommandos wochenlang mit Treibstoff und Munition versorgen. Auf der Suche nach geeigneten Zielen kommunizieren die Piraten per Satellitentelefon mit den Kommandostellen und sind Teil eines Netzwerks, das die internationalen Handelsrouten ausspioniert und bedroht.

Bereits seit Dezember 2010 ist das Containerschiff MSC «Panama» in der Gewalt von Piraten. Das unter liberianischer Flagge fahrende Schiff der Mittelmeeran Shipping (MSC) mit Sitz in Genf ist inzwischen eine Versorgungsbasis für neue Übergriffe der Piraten. Immer mehr Reedereien erwägen den Boykott der Region und weichen auf die Route um das Kap der Guten Hoffnung aus. Diese ist allerdings deutlich so lang, Treibstoff- und Transportkosten steigen massiv. Auf den Schiffen

fahren immer häufiger private Sicherheitskräfte mit, sagt Graham Kerr, Geschäftsführer von Hart Security auf Zypern. Die Situation auf See sei vergleichbar mit dem zunehmenden Einsatz von Privateinheiten im Irak und in Afghanistan.

Die CEP-Schiffe sollen künftig verhindern, dass Piraten an Bord gelangen, denn die spätere Rettung von Geiseln ist viel schwieriger. Das CEP als Public-Private Partnership privater und öffentlicher Unternehmen ist Eigner von insgesamt 18 Schiffen, die mit je acht Sicherheitsleuten, vier weiteren Mann Besatzung und robusten Luftkissenbooten gegen angreifende Piraten vorgehen sollen. Djibouti wird Basishafen der Flotte, wo auch Waffenlizenzen erworben werden. Der Einsatz von Waffen bleibt aber umstritten. Die Gefahr der Eskalation, unklare seerechtliche Voraussetzungen und die Gefährdung der eigenen Mannschaft halten viele Reeder davon ab.

Zweifel an der Wirksamkeit

Grundsätzliche Zweifel an der Wirksamkeit von Abschreckung hegt ausgerechnet ein Marineadmiral. Die Streitkräfte von 28 Nationen seien nicht in der Lage, diese Herausforderung im Golf von Aden zu meistern, sagt Robert Willard, Vorgesetzter des 300 000 Mann starken US-Pazifik-Kommandos. «Wir müssen an die Quelle gehen und die Landverteilung in Somalia regeln.» Ein handlungsfähiger Staat aber, der Land verteilen und Kriminelle festsetzen könnte, fehlt in Somalia seit mehr als zwanzig Jahren.

Constanze Sanders ist freie Wirtschaftsjournalistin und lebt in Hamburg.

AD PERSONAM

Takeda-Chef Hasegawa mit einem Flair für die Politik

Ein Appell für die Offenheit Japans

Ger. Tokio · Takeda-Präsident Yasuchika Hasegawa hat klare Vorstellungen davon, was sich in Japan alles ändern muss. Heiterkeit kam auf im Saal, als er unlängst gefragt wurde, ob er schon bald als «Herr Premierminister» angesprochen werden müsse. Der Präsident des grössten japanischen Pharmaunternehmens zeigte sich amüsiert, jedenfalls meldete er gleich politische Aspirationen an. Er wolle nicht nur Beobachter sein, sondern auch mitgestalten. Hasegawa – er hat an der renommierten Waseda-Universität Politologie studiert – ist einer jener Wirtschaftsführer, die am stärksten auf politische Reformen und eine mutige wirtschaftliche Öffnung Japans drängen. Diese Position vertritt er mit Verve auch als Vorsitzender von Keizai Doyukai, der einflussreichsten japanischen Organisation von Firmenchefs.

Japan stecke in der grössten Krise seit dem Ende des Pazifikkriegs, stellt Hasegawa nüchtern fest. Eine rapide alternde Bevölkerung, eine der höchsten Staatsverschuldungen der Welt, sinkende Wettbewerbsfähigkeit – und die Unfähigkeit der Politik, den notwendigen Wandel zu wagen. Das Erdbeben vom 11. März und die Atomkatastrophe von Fukushima machen seiner Ansicht nach nur noch deutlicher, wie gross der aufgestaute Reformbedarf ist. Japan verschliesse seine Augen vor «unangenehmen Wahrheiten», die mit der Globalisierung ins Land drängen.

Als Chef von Takeda hat Hasegawa die Konsequenzen aus der Globalisierung längst gezogen. Wachstum gebe es in den kommenden Jahren für die Pharmabranche nur noch in Schwellenländern, meint er. Um in Schwellenländern rascher voranzukommen, hat Takeda vor kurzem für umgerechnet annähernd 12 Mrd. Fr. den Schweizer Arzneimittelhersteller Nycomed gekauft. Nycomed macht rund 40% seines Umsatzes in Ländern wie Russland, der Türkei oder Brasilien. Wenn ein Unternehmen eine strategische Lücke im eigenen Haus schliessen könne, solle es zuschlagen, sagt Hasegawa. Die Unternehmenskultur, der Stil des Managements, dürften aber nicht zu unterschiedlich sein. Die Orientierung der japanischen Politik nach innen ist dem Manager ein

Greuel. Hart fällt sein Urteil aus: Premierminister Naoto Kan? «Eine einzige Enttäuschung.» Japans politische Klasse? «Verschliesst die Augen immer noch vor unangenehmen Wahrheiten.»

Hasegawa ist in seinem Urteil aber nur halb so rational, wie er zu sein vorzöge. Zwar fordert er energisch politische Führung ein, doch wenn sie seinen Interessen widerspricht, stört sie ihn dann doch. Dass Regierungschef Kan aus Sicherheitsgründen die Schliessung des Atomkraftwerks Hamaoka, gute



Yasuchika Hasegawa, Präsident von Takeda

100 km südwestlich von Tokio gelegen, durchsetzt, kritisiert er. Kan hätte zuerst Fachleute, Kommissionen und Bürokraten anhören müssen – ein beliebter Trick, mit dem Entscheidungen in Japan gerne verschleppt werden. Auch dass die regierende Demokratische Partei verlangt, dass die Gläubigerbanken von Tokyo Electric Power, der in Verfall geratenen Betreibergesellschaft des Atomkraftwerks Fukushima, einen Beitrag zur Bewältigung der Kosten leisten sollen, ist für ihn kein Zeichen politischer Stärke von Kan. Im Gegenteil: Er sei skeptisch, ob Japan noch eine richtige Demokratie darstelle, sagt er.

Hasegawas politische Ambitionen sind gross. Als er im April an die Spitze von Keizai Doyukai gewählt wurde, hatten viele in Japan erwartet, dass er sich von der Takeda-Spitze zurückziehen würde. Hasegawa winkt verschmitzt ab. Er habe genügend Energie für beide Jobs. Wer ihn einmal erlebt hat, der glaubt das dem quirligen Mann auch. Fünfzehn Jahre arbeitete er für Takeda im Ausland, davon zehn Jahre in Amerika, drei in Deutschland. So weiterfahren und wölfoffen sind wenige japanische Manager – von japanischen Politikern ganz zu schweigen.

Mit der «Abzocker»-Initiative liegt der Gegenvorschlag schon vor

Die Forderungen der Initiative sind mehrheitsfähig. Von Claudio Kuster

Nach bald zwei Dutzend Versuchen, der eidgenössischen Volksinitiative «gegen die Abzockerei» einen valablen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, ist dieser Tage das Parlament abermals mit dieser undankbaren Aufgabe betraut. Das Vorhaben ist indessen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die eine Variante, «Normstufe Verfassung», wird deshalb kaum je eine parlamentarische Mehrheit hinter sich scharen können, weil sie für die Legislative schlicht der falsche Ort zur Legiferierung ist. Das Heranziehen der Bundesverfassung zur Artikulierung und Sanktionierung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Missstände stellt im von der Volksinitiative verlangten Detaillierungsgrad nun einmal eine direktdemokratische Exklusivität dar, wie sie staatspolitisch legitim nur von Initianten hervorgerbracht werden kann.

Regulatorischer Wald

Allgemein gehaltene Empfehlungen, wie wir sie beispielsweise seit einer Dekade aus dem «Swiss Code of Best Practice» kennen («Die Entschädigung soll nachvollziehbar vom nachhaltigen Erfolg des Unternehmens und vom persönlichen Beitrag abhängig gemacht werden; falsche Anreize sind zu vermeiden...»), wären zwar gleichermaßen mehrheitsfähig wie normgerecht. Derartige Worthülsen aber führten und führen erwiesenermassen zu keinerlei Praxisänderung. Die prinzipiell sachgerechte Variante «indirekter Gegenentwurf Aktienrecht» dagegen eröffnet im gegenwärtigen parteipolitischen Feld zu vielen Konfliktlinien. Gut gemeinte Appelle in letzter Sekunde in allen Ehren, doch es ist schlicht keine Lösung in Sichtweite, welche in ihrem Kerngehalt irgendwo noch ein paar griffige und zielführende, aber gleichzeitig nicht über-schliessende Forderungen enthielte.

Die derzeitige Torschlusspanik (es laufen die letzten Wochen der Verlängerung der parlamentarischen Behandlungsfrist) wie auch die nahenden Wahlen verhindern eine adäquate Regulierung obendrein. Vor lauter Bäumen – der Ruf nach populistischen Boni-Steuern hier, staatliche Finma-Regulierungen dort – wird der regulatorische Wald derzeit eh nicht mehr gesehen. Bald greift zudem die «Too big to fail»-Vorlage in die Lohnautonomie der Banken ein. Und vor kurzem haben die Jungsozialisten ihre zu weit gehende, aber gleichermaßen auf Zuspruch stossende «1:12-Initiative» eingereicht. Schliesslich schlägt ein neues, durch die «nicht wirksame Selbstregulierung» motiviertes Corporate-Governance-Grünbuch der EU-Kommission Forderungen vor, wie sie die Volksinitiative vorsieht (bindende Abstimmung über Vergütungen) oder aber die darüber hinausgehen (Limitierung der Verwaltungsratsmandate pro Person). Der Verfassungstext «gegen die Abzockerei» steht derweil seit bald fünf Jahren wie ein ruhender Fels in dieser aktivistischen Brandung. Selbst ein Jahrhundertereignis wie die jüngste Finanzkrise konnte dem Verfassungartikel nichts anhaben. Dies sollte nicht erstaunen, wurde er doch nie als Maximalforderung konzipiert, sondern von vornherein als wirtschaftsfreundlicher Minimalstandard skizziert – eben als breit abgestützter Gegenentwurf zum anpassungsbedürftigen Status quo.

Im Gegensatz zu den anderen Regulatorien schreibt er keinen Höchstlohn, keine Bandbreiten, kein Maximalverhältnis zwischen Fixum und Bonus, keine Sperrfristen oder andere Vorgaben zur Ausschüttungsart und genauso wenig ein staatliches Aufsichtsorgan vor. Und vor allem entzieht er den ansivierten börsenkotierten Unternehmen keinen einzigen Franken. Bemerkenswerterweise wurden unterdes-

sen fast alle der 24 Forderungen des Initiativtextes (GV-Abstimmung über Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungs-Lohnsummen, jährliche Wiederwahl der Verwaltungsräte, Stimmpflicht für Pensionskassen, Verbot für Abgangschädigungen und Vorauszahlungen usw.) im einen oder anderen der nunmehr 23 aus Bundesbern vorge-schlagenen Kontraprojekte aufgenommen. Nur kaum je alle gleichzeitig – wie es die Initiative vorsieht – als austarierter Gesamtpaket. Dennoch zeigt das, dass alle 24 Forderungen grundsätzlich mehrheitsfähig sind, was angesichts des zugrunde liegenden liberalen Aktionsverständnisses nicht erstaunen soll.

Einzigartige Chance

Ein Plebiszit schliesslich, ob 2012 oder spätestens am 3. März 2013, ist ohnehin unumgänglich. Dieses hätte vermieden werden können, wenn die vor Jahresfrist erarbeitete Einigungslösung mit der SVP Schweiz auf legislatorisch offene Ohren gestossen wäre. Dass dieses Angebot nicht angenommen wurde, ist zu akzeptieren. Freilich, die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» ist nicht die beste aller vorstellbaren Gegenmassnahmen zu den unzähligen Exzessen in hiesigen Führungsetagen. Nur schon deren Existenz und Notwendigkeit an sich ist bedauerlich.

Aber sie ist und bleibt im direktdemokratischen, gesellschaftsrechtlichen und internationalen Kontext für unser Land die optimale und einzigartige Möglichkeit, via gesellschaftliche Legitimation (Volksabstimmung) und so dann via aktienrechtliche Absolution (GV-Abstimmungen) dem leidigen Thema «Managersaläre» ein gutes Stück seiner Empörunggrundlage zu entziehen.

Claudio Kuster ist Co-Initiant und Sekretär der eidgenössischen Volksinitiative «gegen die Abzockerei».

IN KÜRZE

DBA zwischen Vaduz und Berlin
(dpa) · Liechtenstein und Deutschland sind sich nach Angaben der Regierung in Vaduz über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) einig geworden. Unterzeichnet werden soll die Vereinbarung in der zweiten Jahreshälfte. Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt. Beide Länder hatten bereits 2009 ein Abkommen über den Informationsaustausch in Steuerfragen nach OECD-Standard abgeschlossen, das seit Oktober letzten Jahres in Kraft ist.

Russland erhöht Einlagenzinsen
gho, Moskau · Die russische Zentralbank hat die Einlagenzinsen um 0,25 Prozentpunkte erhöht, den Refinanzierungssatz und den Repo-Satz jedoch bei 8,25% bzw. 5,5% belassen. Damit versucht die Notenbank weiterhin, die hohen Inflationserwartungen zu brechen, ohne den fragilen wirtschaftlichen Aufschwung zu bremsen. Die Währungshüter sagten, die Einlagenzinsen seien angesichts überschüssiger Liquidität im Bankensektor immer noch das Hauptinstrument zur Steuerung des Geldmarktes. Mit einer Erhöhung der Einlagenzinsen soll auch dem Kapitalabfluss entgegen gewirkt werden. In den vergangenen Monaten flossen netto rund 50 Mrd. \$ aus Russland ab. Dies wird auch mit dem ungünstigen Investitionsklima in Verbindung gebracht, aber ebenso mit Währungstransaktionen russischer Unternehmen.

UNTERNEHMEN

Deutschland
BASF gründet Styrol-Joint-Venture
(Reuters) · BASF kommt bei der Ausgliederung des Geschäfts mit Styrolkunststoffen voran. Zusammen mit dem britischen Konkurrenten Ineos wurde laut einer Mitteilung ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Das Joint Venture mit dem Namen «Styrol-Joint» soll auf einen Jahresumsatz von über 5 Mrd. \$ kommen, seinen Sitz in Frankfurt haben und beiden Unternehmen zur Hälfte gehören.

PERSONEN

Neuer Chef der Erdölvereinigung
gpm · Der Vorstand der Erdölvereinigung hat Niklaus Boss zum neuen Geschäftsführer gewählt. Der 47-jährige Jurist löst Rolf Hartl ab, der nach knapp 18 Jahren das Präsidium des Interessenverbands von Ronald Gang übernahm. Boss war bis Ende 2010 Verkaufsleiter und Geschäftsleitungsmitglied des Handelsunternehmens Dobi-Enter. Zur vor arbeitete er einige Jahre für die Von Rolf Holding und war in den neunziger Jahren in der kantonalen Verwaltung des Kantons Aargau tätig.